

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Protschka, Berengar Elsner von Gronow, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/25439 –**

#### **14. DGE-Ernährungsbericht – Ernährungssituation und Handlungsempfehlungen für die Ernährungspolitik**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 24. November 2020 wurde der 14. DGE-Ernährungsbericht von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) vorgestellt (vgl. <https://www.dge.de/presse/pm/14-dge-ernaehrungsbericht-veroeffentlicht/>). Dieser wird im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Vierjahresrhythmus von der DGE angefertigt und veröffentlicht (vgl. <https://www.ernaehrungs-umschau.de/news/25-11-2020-uebergewicht-steigt-nur-noch-in-bestimmten-bevoelkerungsgruppen-weiter-handlungsbedarf/>).

Der DGE-Ernährungsbericht basiert, anders als der jährliche „Ernährungsreport“ vom BMEL, der sich lediglich auf eine Telefonbefragung von 1 000 Personen bezieht, auf langfristigen Forschungsprojekten und wissenschaftlichen Metaanalysen diverser deutscher Universitäten und Forschungsinstitute (vgl. <https://www.ernaehrungs-umschau.de/news/25-11-2020-uebergewicht-steigt-nur-noch-in-bestimmten-bevoelkerungsgruppen-weiter-handlungsbedarf/>).

1. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben für den 14. DGE-Ernährungsbericht (vgl. <https://www.dge.de/presse/pm/14-dge-ernaehrungsbericht-veroeffentlicht/>)?

Für die Erstellung des 14. DGE-Ernährungsberichtes wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in einem Zeitraum von vier Jahren Mittel in Höhe von insgesamt 1 Mio. Euro bewilligt. Die Mittel teilen sich wie folgt auf die Haushaltsjahre auf:

2017: 300.000 Euro

2018: 300.000 Euro

2019: 300.000 Euro

2020: 100.000 Euro

2. Aus welchen Haushaltstiteln stammten die zu Frage 1 genannten Ausgaben?

Die Mittel wurden im Einzelplan 10 im Rahmen der institutionellen Förderung der DGE bei Kapitel 1002 Titel 685 01 bereitgestellt.

3. Welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis des 14. DGE-Ernährungsberichts, dass es bei Obst einen Verbrauchsrückgang gibt (vgl. <https://www.topagrar.com/land/eben/kochen-und-backen/dge-ernaehrungsbericht-mehr-gemuese-weniger-schweinefleisch-12418531.html>)?

Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um diesem Trend entgegenzuwirken, und wenn ja, welche?

Der Obstverbrauch auf der Basis der Daten der Agrarstatistik (Versorgungsbilanzen) ist in dem für den 14. DGE-Ernährungsbericht<sup>1</sup> zugrunde liegenden Betrachtungszeitraum von 2007 bis 2018 um circa 720 Gramm pro Kopf und Jahr rückläufig. Im vorangegangenen 13. DGE-Ernährungsbericht, in dem diese Daten ebenfalls herangezogen wurden, betrug der Rückgang 1,2 Kilogramm pro Kopf und Jahr. Die Beurteilung der Entwicklung des Lebensmittelverbrauchs auf der Basis der Versorgungsbilanzen unterliegt Limitationen. Die Daten der Versorgungsbilanzen stammen aus amtlichen Statistiken, werden jedoch auf Produktions- oder Großhandelsstufe erfasst. Diese verbraucherferne Datenerfassung beinhaltet beispielsweise auch Anteile, die nicht als frisches Erzeugnis, sondern in verarbeiteter Form (z. B. als Fruchtsaft) vom Menschen verzehrt werden, sowie Mengen, die letzten Endes gar nicht Bestandteil des menschlichen Verzehrs sind (z. B. Tierfutter, Schalen). Der statistische Verbrauchsrückgang bei Obst (insgesamt), vor allem bei Äpfeln, spiegelt nicht zwangsläufig die tatsächliche Nachfrage wieder, sondern wird auch in erheblichem Maße vom Angebot geprägt. So variierte die inländische Erzeugung von Äpfeln in den vergangenen zehn Jahren zwischen 0,56 Millionen Tonnen (2018) und 1 Million Tonnen (2010), und nur zum Teil wurden diese Schwankungen durch Importe ausgeglichen.

Dem oben dargestellten Rückgang im Obstverbrauch anhand der Daten der Agrarstatistik steht der im Betrachtungszeitraum von 2007 bis 2018 gestiegene Gemüseverbrauch gegenüber. Der Verbrauch von Tomaten stieg beispielsweise signifikant um etwa 440 Gramm pro Kopf und Jahr. Möhren und Rote Rüben verzeichneten einen Verbrauchszuwachs von etwa 260 Gramm pro Kopf und Jahr und bei Zwiebelgemüse gab es einen Zuwachs von etwa 160 Gramm pro Kopf und Jahr.

Die Bundesregierung empfiehlt eine pflanzenbetonte Ernährung nach den 10 Regeln der DGE, da die meisten pflanzlichen Lebensmittel eine hohe Nährstoffdichte aufweisen, also bei einem geringen Energiegehalt reich an essenziellen Nährstoffen sind und zudem wertvolle Ballaststoffe und sekundäre Pflanzenstoffe liefern.

Im Rahmen eines gesundheitsfördernden Verpflegungsangebots ist Obst ein fester Bestandteil von Speiseplänen in der Gemeinschaftsverpflegung. Dies wird über die kürzlich im Auftrag des BMEL aktualisierten DGE-Qualitätsstandards für Kitas, Schulen, Betriebsverpflegung, Senioreneinrichtungen/Essen auf Rädern sowie Krankenhäuser auch weiterhin kommuniziert werden. Das Internationale Jahr Obst und Gemüse in 2021 bietet ergänzend dazu eine gute Gelegenheit, Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich über dieses Thema zu informieren.

<sup>1</sup> Deutsche Gesellschaft für Ernährung (Hrsg.). (2020). 14. DGE-Ernährungsbericht. Bonn.

4. Welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis des 14. DGE-Ernährungsberichts, dass bei Kindern die Versorgung mit Jod und Calcium in einem kritischen Zustand ist (vgl. <https://www.ernaehrungs-umschau.de/news/25-11-2020-uebergewicht-steigt-nur-noch-in-bestimmten-bevoelkerungsgruppen-weiter-handlungsbedarf/>)?

Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um diesem Trend entgegenzuwirken, und wenn ja, welche?

Im Rahmen des 14. DGE-Ernährungsberichtes wurden in der VeChi-Youth-Studie<sup>2</sup> die gesundheitlichen Vor- und Nachteile einer vegetarischen und veganen Ernährung im Vergleich zu einer omnivoren Ernährung bei Kindern und Jugendlichen untersucht. Bei einem nennenswerten Anteil der Probandinnen und Probanden aller drei Ernährungsformen war die Versorgung mit Jod kritisch. Zudem zeigten die Verzehrerhebungen eine niedrige durchschnittliche Calciumzufuhr vor allem in der Gruppe der vegan lebenden Probandinnen und Probanden.

Das Querschnittsdesign dieser Studie erlaubt keine Rückschlüsse auf die langfristige Gesundheit und den Nährstoffstatus sich vegan und vegetarisch ernähernder Kinder und Jugendlicher. Hierfür sind Langzeitstudien notwendig, in denen die Probandinnen und Probanden über einen längeren Zeitraum wiederholt untersucht werden. Außerdem ist das Kollektiv der VeChi-Youth-Studie nicht repräsentativ, sodass die Übertragung der Ergebnisse eingeschränkt ist. Insgesamt weisen Ernährungserhebungen einen gewissen Unsicherheitsfaktor auf. Neben einer unvollständigen Dokumentation des Verzehrs besitzt die Zusammensetzung von Lebensmitteln natürliche Schwankungen, und die Gesamtzusammensetzung von einigen handelsüblichen Produkten ist nicht vollständig bekannt. Deshalb sind trotz einer sorgfältigen Erhebung der Ernährung die berechneten Zufuhrwerte alleine nicht geeignet, um die individuelle Nährstoffversorgung zu beurteilen.

Fachgesellschaften sehen eine vegane Ernährung von Kindern kritisch. Die Ernährungskommission der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V. (DGKJ) rät zu einer ausgewogenen omnivoren Ernährung bei Kindern, da hierdurch der Nährstoffbedarf am besten gedeckt werden kann. Auch die DGE empfiehlt eine vollwertige Ernährung mit überwiegend pflanzlichen Lebensmitteln.

Milch und Milchprodukte gehören zu den besten Calciumlieferanten. Daher trägt auch das EU-Schulmilchprogramm zur Verbesserung der Calciumversorgung bei Kindern bei. Für das EU-Schulmilchprogramm wurden in Deutschland im Schuljahr 2019/2020 10,4 Mio. Euro für Schulmilch zur Verfügung gestellt. Ziel des Programms ist es, dass die Kinder diese Lebensmittel vermehrt verzehren.

Die Bundesregierung prüft in Bezug auf die Jodversorgung von Kindern derzeit, ob weitere Maßnahmen notwendig sind.

---

<sup>2</sup> Kapitel 4.

5. Welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis, dass die Studienleiter des 14. DGE-Ernährungsberichts dazu anregen, bezüglich Vitamin D bei Kindern und Jugendlichen über eine Empfehlung zur Supplementierung in den Wintermonaten nachzudenken (vgl. <https://www.ernaehrungs-umschau.de/news/25-11-2020-uebergewicht-steigt-nur-noch-in-bestimmten-bevoelkerungsgruppen-weiter-handlungsbedarf/>)?

Plant die Bundesregierung diesbezüglich Maßnahmen, und wenn ja, welche?

Im Rahmen des 14. DGE-Ernährungsberichtes wurde in der VeChi-Youth-Studie<sup>3</sup> bei Kindern und Jugendlichen auch die Vitamin-D-Versorgung betrachtet. Bei einem nennenswerten Anteil aller drei Ernährungsformen in dieser Studie war die Vitamin-D-Versorgung kritisch.

Von den entsprechenden Fachgesellschaften (DGE und Ernährungskommission der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V. (DGKJ)) wird eine Supplementation von Vitamin D nur in Ausnahmefällen empfohlen. Dies trifft beispielsweise zu, wenn eine unzureichende Versorgung nachgewiesen wurde und wenn eine gezielte Verbesserung der Versorgung weder durch die Ernährung noch durch die körpereigene Vitamin-D-Bildung durch Sonnenbestrahlung zu erreichen ist. Lediglich bei sich vegan ernährenden Kindern und Jugendlichen halten die Autorinnen und Autoren aufgrund der niedrigen Calciumzufuhr eine Supplementation von Vitamin D in den sonnenarmen Monaten (Oktober bis März) für sinnvoll. Durch eine verbesserte Versorgung mit Vitamin D kann zudem die Aufnahme von Calcium optimiert werden.

Das „Netzwerk Gesund ins Leben“ gibt Handlungsempfehlungen<sup>4</sup> zur Supplementierung von Vitamin D bei Kleinkindern (bis zum vollendeten 3. Lebensjahr) in den sonnenarmen Monaten heraus. Im derzeit laufenden Revisionsprozess wird auch die Frage einer Supplementierung von Vitamin D im Kleinkindalter auf Basis der derzeitigen wissenschaftlichen Datenlage mit den Experten des wissenschaftlichen Beirates des Netzwerks erörtert. In diesen Prozess fließen die Ergebnisse des DGE-Ernährungsberichtes ein.

6. Welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie zur Erhebung von Daten zum Stillen und zur Säuglingsernährung in Deutschland (SuSe II; vgl. <https://www.ernaehrungs-umschau.de/news/02-11-2020-nur-die-haelfte-der-schwangeren-nimmt-folsaeure-und-jod-gemaess-den-empfehlungen/>)?

Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Wissenslücken werdender Mütter hinsichtlich ihres erhöhten Folsäure- und Jodbedarfs zu schließen, und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung hat schon vor einigen Jahren Maßnahmen ergriffen, um Frauen im gebärfähigen Alter über die Notwendigkeit einer Einnahme von Folsäure und Jod bereits vor der Schwangerschaft zu informieren und diesbezügliche Wissenslücken zu schließen. Das „Netzwerk Gesund ins Leben“ ist am Bundeszentrum für Ernährung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) angesiedelt und Teil des Nationalen Aktionsplans „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“. Es hat die Aufgabe, werdende und junge Eltern über eine ausgewogene Ernährung und einen gesunden Lebensstil aufzuklären. Dazu gehört auch eine adäquate Versorgung mit Folsäure und Jod. Die fachliche Grundlage für diese Aufklä-

<sup>3</sup> Kapitel 4.

<sup>4</sup> <https://www.gesund-ins-leben.de/fuer-fachkreise/ernaehrung-und-bewegung-fuer-kleinkinder/handlungsempfehlungen/>.

rungsarbeit bilden die bundesweiten Handlungsempfehlungen des Netzwerks (<https://www.gesund-ins-leben.de/fuer-fachkreise/handlungsempfehlungen/>). Für diese Aufklärungsarbeit in Richtung Multiplikatoren stellt das „Netzwerk Gesund ins Leben“ noch zahlreiche weitere Kommunikationsmittel und Informationsangebote bereit. Darüber hinaus fasst z. B. das Merkblatt „Ratschläge für die ärztliche Praxis: Jod, Folat/Folsäure und Schwangerschaft“ des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) die wichtigsten Informationen für ein Beratungsgespräch zusammen und enthält auch einen Fragebogen für die Jodanamnese.

Am Institut für Kinderernährung des Max Rubner-Instituts wurde im Jahr 2019 im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eine Koordinierungsstelle für die Entwicklung und Umsetzung einer Nationalen Strategie zur Stillförderung eingerichtet. Relevante Akteure arbeiten derzeit u. a. daran, Inhalte zum Stillen in den Ausbildungscurricula von Medizinerinnen und anderen Gesundheitsfachberufen (z. B. Hebammen) zu verankern. Diese Zugangswege könnten genutzt werden, um auch Inhalte zu Ernährung einschließlich Mikronährstoffen vor und während der Schwangerschaft, z. B. im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen, zu vertiefen.

7. Welche politischen Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung insgesamt aus dem 14. DGE-Ernährungsbericht und den darin enthaltenen Handlungsempfehlungen?

Die Bundesregierung orientiert sich bei ihren ernährungspolitischen Maßnahmen an den Ernährungsempfehlungen der DGE und berücksichtigt die wissenschaftlich fundierten Ergebnisse des 14. DGE-Ernährungsberichtes. Der DGE-Ernährungsbericht bietet einen wissenschaftlichen Blick auf die Ernährungssituation in Deutschland und greift aktuelle Forschungsfragestellungen auf. Zudem ist er eine Entscheidungshilfe für verschiedene Akteure der Ernährungs- und Gesundheitspolitik.

Die Bundesregierung verfolgt im Rahmen ihrer Ernährungspolitik einen ganzheitlichen Ansatz, um einen gesundheitsfördernden Lebensstil zu ermöglichen. Eines der zentralen ernährungspolitischen Ziele ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher dabei zu unterstützen, sich ausgewogen zu ernähren. Verhältnispräventive Ansätze, wie die Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten, werden durch verhaltenspräventive Maßnahmen ergänzt, um die Ernährungskompetenz in allen Lebensphasen zu erhöhen. Die Bundesregierung setzt hierbei vor allem mit den Projekten des Nationalen Aktionsplans „IN FORM“ auf Aufklärung und Ernährungsbildung.





